# Langer Weg zur Inklusion

**MAIN-TAUBER-KREIS.** „Kinder mit und ohne Behinderungen in einem Boot – von Anfang an" lautete das Motto eines Vortrags von Michael Heck, Referatsleiter Dezernat Soziales, Sozialplanung und investive Förderung beim Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg, im Rahmen der Mitgliederversammlung der Lebenshilfe Main-Tauber-Kreis. Im Mittelpunkt seines Referates präsentierte Heck ein gleichlautendes Forschungsprojekt, in dem untersucht wurde, wie Inklusion in Kindergarten und Schule konkret aussehen sowie wo die größten Hindernisse liegen könnten.

„Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der alle mitanpacken sollten", betonte Heck. Die größte Aufgabe sei, dass jeder Beteiligte in seiner Eigenart erhalten bleibe, laute eine wichtige Devise der Inklusion, die in der Praxis zahlreiche Fragestellungen aufwerfe. Vor diesem Hintergrund habe der KVJS in einem Hochschulverbund in Kooperation mit der Hochschule Ludwigsburg und der Pädagogische Hochschule Heidelberg die aktuelle Praxis in Baden-Württemberg untersucht. „Immer mehr Eltern wünschen sich für ihr Kind mit Behinderung eine Betreuung im Regelkindergarten oder Bildung in der Regelschule", berichtete Heck. Häufig zahle dafür das Sozial- und Jugendamt eine Integrationshilfe, die Ende 2011 lande sei 4050 Kinder in der Tagesbetreuung sowie 1852 Schulkinder betroffen habe.

„In der Umsetzung bemühen sich Kitas, Schulen, Eltern, Jugendhilfe oder auch Sozialhilfe um die Inklusion der Jüngsten", zeigte sich der Referent überzeugt. Selbst in erfolgreichen Fällen fehle es jedoch oft an Transparenz oder an Ansprechpartner. Erschwert werde eine erfolgreiche Inklusion zudem unter anderem durch unklare Diagnosen bei den Kindern, einem Mangel an Assistenten vor allem im schulischen Bereich sowie durch eine unklare Grenzziehung zwischen assistierender Begleitung und Pädagogik durch die Lehrkräfte.

Das Forschungsprojekt zeige, dass eine besondere Bedeutung den Anlauf- und Beratungsstellen der Landkreise zukomme, bei denen die verschiedenen Inklusionsangebote zentral abgefragt und gebündelt werden könnten, betonte Heck. Zudem seien eine Vernetzung der beteiligten Institutionen und Akteure unterei nander, eine Verstärkung von sozialraumbezogenen Konzepten, die stärkere Unterstützung unter anderem durch das Kulturministerium als wichtige Faktoren zur Förderung der Inklusion in Kindergärten und Schulen notwendig. „Wir müssen eigentlich das System durch gesetzliche Reformen ändern", nannte Heck eine zentrale Voraussetzung. Zudem müssten Sozial- und Jugendämter stärker zusammenarbeiten, das Fallmanagement im Einzelfall verbessert und eine Qualitätssicherung gewährleistet werden. Kooperationsvereinbarungen zwischen Sonder- und Regelschulen sowie niederschwellige Anlaufstellen, an die sich betroffene Eltern wenden könnten, nannte er als wichtige Rahmenbedingungen.

„Ein langer und zäher Weg", prognostizierte Heck speziell für eine erforderliche Änderung der Schulgesetzgebung. „Der KVJS setzt sich dafür ein, dass nicht über, sondern mit Menschen zur Inklusion gerede t wird", betonte er, verbunden mit dem Hinweis, dass der Verband auch die Landkreise bei der Umsetzung von Inklusion unterstützte. „Inklusion ist ein sehr langwieriger Prozess und wird noch lange Vision sein, die Zeit, Augenmaß und Mut erfordert sowie jeden Einzelnen zur Mitarbeit benötigt", lautete sein Fazit. *pelw*